

Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte im Vergleich: EU, Frankreich und Schweden*

Gunther Hauser

English Title: Threat Perception and Security Policy Concepts in Comparison: EU, France and Sweden

Abstract: The tremendous changes in the security agenda since the evolution of the Common Foreign and Security Policy (CFSP) of the European Union (EU) call for a revision of Europe's security and defense system. This contribution aims to analyse threat perceptions linked to security policy concepts as well as strategies of the European Union (EU) and of two different EU member states: France, a NATO and EU member state and major troop contributor to EU and NATO crisis management operations; and Sweden, a non-aligned member state of the EU that also practices comprehensive military co-operation with Nordic NATO members.

Keywords: European Union, France, Sweden, Russia, NATO

Stichwörter: Europäische Union, Frankreich, Schweden, Russland, NATO

1. Einleitung

In Zeiten politischer, wirtschaftlicher, sozialer und sicherheitspolitischer Umbrüche bestehen zwischen den Mitgliedstaaten der EU grundsätzlich identische Bedrohungswahrnehmungen im Sinne der Ende 2003 beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) und dem Ende 2008 verabschiedeten Implementierungsbericht zur ESS. 2003 und 2008 war die Lage der EU und ihres Umfelds völlig anders als 2016. Der britische Historiker Ian Kershaw meinte dazu: „Am Beginn des Jahres 2016 haben wir mehr Grund zur Sorge um die EU der Zukunft als zu irgendeiner Zeit seit ihrem ursprünglichen Vorläufer, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, gegründet 1951.“¹ Aus diesem Grund bleibe es „ein riskantes Unterfangen“, die „Zukunftsansichten der Europäischen Union in einer Zeit immenser internationaler Ungewissheiten zu beurteilen [...].“² In diesem Zusammenhang ist es Ziel dieses Beitrags, Bedrohungswahrnehmungen aus Sicht der EU und speziell zweier unterschiedlicher EU-Mitgliedstaaten zu vergleichen und zu erörtern: Frankreich als eine mit Deutschland für den EU-Integrationsprozess und die transatlantische Sicherheitsarchitektur zentrale Macht, die sich als „Motor der EU“ versteht, sowie Schweden, das sich als bündnisfrei definiert und seit 1995 EU-Mitglied ist. Schweden unterhält äußerst enge Kooperationen mit der NATO in Bezug auf Streitkräfteentwicklung / Interoperabilität und forciert ähnlich wie Frankreich den sicherheitspolitisch-strategischen Entwicklungs- und Vertiefungsprozess auf EU-Ebene.

2. Die Europäische Union

Die EU hatte erstmals am 12. Dezember 2003 eine eigene „Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)“ beschlossen – ein Kompromisspapier aller EU-Mitgliedstaaten. Ziel und Titel dieser Strategie waren „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“. Der damalige EU-Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana stellte diesbezüglich klar: „The business of the EU is going to peace

not to war.“³ In der ESS wurde bereits präventives Engagement als rechtzeitiges Handeln im Hinblick auf den verstärkten Einsatz ziviler Mittel wie Handels- und Entwicklungspolitik definiert. Die Union hat sich in der ESS zum Ziel gesetzt, am Völkerrecht – Streitbeilegung unter Einbeziehung internationaler Organisationen und Multilateralismus – und an der Soft-Power-Prävention festzuhalten, zudem stellt die EU klar, dass kein Staat „im Alleingang“ in der Lage sei, sich den komplexen Herausforderungen wirksam zu stellen.⁴ Diese Punkte fanden verstärkt Eingang in die am 28. Juni 2016 von der EU beschlossene „Europäische Globale Strategie“, die die ESS ablöst.⁵ Der Leitsatz der neuen Strategie lautet: „Wir brauchen ein stärkeres Europa. Das sind wir unseren Bürgern schuldig, das wird weltweit von uns erwartet.“⁶ Während die ESS aus dem Jahr 2003 noch vom Ziel ausging, eine „bessere Welt“ zu schaffen, geht es in der neuen „Globalen Strategie“ darum, die EU selbst in Richtung einer koordinierteren Union im Bereich Sicherheit und Verteidigung zu verändern,⁷ um die heutigen Herausforderungen besser bewältigen zu können: „The EU Global Strategy starts at home.“⁸ Das umfassende Ziel der neuen Strategie, das im gesamten Papier stets betont wird, liegt darin, mittels präemptivem Engagement (wie zum Beispiel präemptivem Friedensaufbau und präemptiver Diplomatie)⁹ sowie im gemeinsamen Handeln mit internationalen Partnerschaften koordinierter, entschlossener und effizienter sicherheitspolitischen Herausforderungen entgegenzutreten. Präemptive Initiativen für den Frieden konzentrieren sich vor allem auch auf Präventionsmaßnahmen und die Beobachtung von Ursachen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen.¹⁰ Nicht nur die Anschläge in Paris vom 13. November 2015, sondern auch jene in und um Brüssel am 22. März 2016, der Terroranschlag in Nizza vom 14. Juli 2016 sowie jene Attacken von Würzburg, Mün-

3 Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, „US-Sicherheitsstrategie und ihre Auswirkungen auf Europa“, Rede auf der 4. Außenpolitischen Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 13.11.2003.

4 Europäische Sicherheitsstrategie, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, 12. Dezember 2003, S. 1.

5 Hylke Dijkstra, The EU Global Strategy: Some Initial Reflections, CERIM – Centre for European Research in Maastricht, 29.06.2016, S. 1.

6 European Union, Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy, June 2016, S. 13. Vgl. dazu auch die Zusammenfassung dieser Strategie in deutscher Sprache, hrsg. von der Europäischen Union, SN/10193/16, S. 1.

7 Dijkstra, a.a.O, S. 1.

8 European Union, Global Strategy a.a.O., S. 18.

9 Ebenda, S. 29.

10 Ebenda.

* Dieser Beitrag wurde anonym begutachtet (double-blind peer reviewed)
1 Ian Kershaw, Die große Kraft der Alten Welt, in: Welt am Sonntag, 24.01.2016, Sonderteil „Stößt Europa an seine Grenzen?“, S. VI und VII, hier S. VI.
2 Ebenda.

chen, Reutlingen und Ansbach vom Juli 2016 machen deutlich: Die Sicherheitslage in Europa hat sich wesentlich verschlechtert. Als weitere sicherheitspolitische Herausforderungen für Europa sind die Ukraine-Krise, die Flüchtlings- und Migrationskrise, der „Islamische Staat“ und die in diesem Zusammenhang stehenden „einstürzenden Staatsgebilde“¹¹ im Nahen Osten, die anhaltende Wirtschafts-, Finanz-, Investitions- und Verschuldungskrise der Staatshaushalte sowie auch die anhaltende Verteidigungskrise zu nennen. Die EU, so EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, „war nie so herausgefordert, wie sie das zurzeit ist“¹². Gegenwärtig, so die neue EU-Strategie, erleben wir „eine existentielle Krise innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Unsere Union ist bedroht. Unser europäisches Projekt, das uns in bespieloser Weise Frieden, Wohlstand und Demokratie gebracht hat, ist in Frage gestellt“¹³. Zusammenfassend werden betreffend Bedrohungsbild folgende Punkte erwähnt:

- Im Osten Europas wird gegen das europäische Modell der Sicherheitsordnung verstoßen;
- „Terrorismus und Gewalt suchen Nordafrika und den Nahen Osten und auch Europa selbst heim.“¹⁴
- „Das Wirtschaftswachstum hinkt der demografischen Entwicklung in Teilen Afrikas noch immer hinterher.“¹⁵
- „Die sicherheitsgefährdenden Spannungen in Asien nehmen zu, während der Klimawandel weitere Verwerfungen verursacht.“¹⁶
- Es bieten sich gleichzeitig „aber gerade jetzt außergewöhnliche Chancen. Globales Wachstum, Mobilität und technologischer Fortschritt – neben unseren zunehmend vertieften Partnerschaften – ermöglichen fortschreitende Entwicklung, sodass mehr und mehr Menschen der Armut entkommen und länger und freier leben können.“¹⁷

„Defense matters“ war das Thema des Europäischen Rates im Dezember 2013, die Botschaft des Europäischen Rates im Juni 2015 war: Verteidigung ist noch immer keine Priorität.¹⁸ 2013 waren die Schlussfolgerungen des Rates in Bezug auf Verteidigung sechs Seiten lang und beinhalteten mehr als 30 Initiativen. 2015 nahmen die entsprechenden Schlussfolgerungen nur noch eine Seite ein und beinhalteten nur eine konkrete Initiative: die Erstellung einer globalen Sicherheitsstrategie der EU bis Juni 2016, diese ist im Zusammenhang mit der „Frage nach dem angemessenen außenpolitischen Gestaltungsanspruch Europas in der Welt und dabei insbesondere dem Verhältnis zu den USA“ zu sehen.¹⁹ Mit der neuen „Europäischen Globalen Strategie“ soll vor allem die Sicherheits- und Verteidigungspolitik umfassender vernetzt und auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon (EUV)

in Hinblick auf Beistand gemäß Artikel 42 (7) EUV im Fall eines bewaffneten Angriffs und auf Solidarität gemäß Artikel 222 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) klarer, koordinierter und wirksamer umgesetzt werden. Die multilaterale Verteidigungsbereitschaft der EU wurde geprüft, als am 13. November 2015 nach den Terroranschlägen (130 Tote aus 26 Staaten sowie 352 Verletzte) die französische Regierung erstmals um Anwendung der Beistandsklausel gemäß Artikel 42 (7) des EU-Vertrages (EUV) von Lissabon ersucht hatte.²⁰ Frankreich, so Präsident François Hollande, befindet sich demnach „im Krieg“.²¹ Die EU-Mitgliedstaaten hatten daraufhin in „Gestalt der Verteidigungsminister [...] jede benötigte Unterstützung“ zugesagt²², so die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini.²³ Sie stellt jedoch klar, dass es „um bilaterale Hilfe, also ganz ausdrücklich nicht um eine bewaffnete EU-Mission“ gehe. Und sie betont, dass es sich vor allem um ein politisches Signal handele. „Das kann viel sein oder auch nichts.“²⁴ Innerhalb der EU muss gezielt geklärt werden, wie die gesamte EU in derartigen und vor allem in anderen Formen eines bewaffneten Angriffs koordiniert reagiert und erwidert. Auch die Rolle der drei neutralen EU-Staaten Irland, Malta und Österreich wird hier noch in Hinblick auf gemeinsames solidarisches Handeln zu erörtern sein.

Die Annexion der Krim durch Russland am 21. März 2014 verurteilte die EU als Völkerrechtsbruch, das „Völkerrecht wurde auf der Krim mit Füßen getreten“.²⁵ Die Krim ist also „de facto nicht mehr Teil der Ukraine. De iure werden wir das selbstverständlich nicht akzeptieren“.²⁶ EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker forderte, um „Russland zu zeigen, dass die EU ihre Werte verteidigt“, die „Gründung einer gemeinsamen europäischen Armee“:²⁷ „Eine europäische Armee hat man nicht, um sie sofort einzusetzen“, so Juncker.²⁸ Aber sie „würde Russland den klaren Eindruck vermitteln, dass wir es ernst meinen mit der Verteidigung der Werte der Europäischen Union“. Die „zahlreichen neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen haben frühere strategische Überlegungen innerhalb der Europäischen Union zum Teil obsolet gemacht“.²⁹ Um ihre gemeinsamen Interessen voranzubringen, will die EU fünf vorrangige Ziele verfolgen:³⁰

- Die Sicherheit der EU: die Union ist durch Terrorismus, hybride Bedrohungen, den Klimawandel, wirtschaftliche Volatilität und Unsicherheit der Energieversorgung gefährdet. So benötigt die EU geeignete Zielvorgaben und strategische Autonomie, „damit Europa fähig ist, innerhalb wie außerhalb der eigenen Grenzen

20 Gemeinsamer Entschließungsantrag eingereicht gemäß Artikel 123 Absätze 2 und 4 der Geschäftsordnung anstelle der Entschließungsanträge der Fraktionen: PPE (B8-0043/2016), S&D (B8-0051/2016), ALDE (B8-0058/2016) zur Anwendung der Beistandsklausel (Artikel 42 Absatz 7 EUV) (2015/3034(RSP)), Europäisches Parlament, 20.01.2016.

21 Yves-Michel Rials, Sur la Syrie, François Hollande change de priorité, in: *Le Monde*, 18 novembre 2015, S. 8.

22 Daniel Brössler, Auf einmal ein Verteidigungsbündnis. Ein historischer Moment: Die EU stellt den Bündnisfall fest und sichert Frankreich jede Unterstützung zu, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.11.2015, S. 2.

23 Ebenda.

24 So der Außenminister Luxemburgs, Jean Asselborn, im Interview, in: Christian Ultsch, „Weltordnung ohne Moskau funktioniert nicht“, in: *Die Presse*, 9.07.2014, S. 6.

25 Ebenda.

26 EU-Sicherheitspolitik: Juncker fordert eine europäische Armee, *ZEIT ONLINE*, 8. März 2015, 6:39 Uhr, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-03/juncker-russland-ukraine-europaeische-armee> (Zugriff: 01.04.2016).

27 Ebenda.

28 Bendiek / Kaim, Die neue Europäische Sicherheitsstrategie, a.a.O., S. 1.

29 European Union, Global Strategy a.a.O., S. 18-43. Vgl. dazu auch die Zusammenfassung dieser Strategie, a.a.O., S. 3-4.

den Frieden zu fördern und Sicherheit zu gewährleisten.“ Verstärken wird die EU in diesem Kontext ihre „Anstrengungen in Bezug auf Verteidigung, Cybersicherheit, Terrorismusbekämpfung, Energie und strategische Kommunikation“. Die Mitgliedstaaten sind hier im Besonderen aufgerufen, „ihre in den Verträgen verankerten Verpflichtungen zur gegenseitigen Unterstützung und Solidarität in konkretes Handeln“ umzusetzen. Zudem ist die EU bestrebt, eng „mit ihren Partnern – angefangen bei der NATO“ – zusammenzuarbeiten und ihren Beitrag zur kollektiven Sicherheit in Europa aufzustocken.

- Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Staat und Gesellschaft in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU, also zwischen Zentralasien und Zentralafrika. Glaubwürdige Beitrittsprozesse sollen auf „strikten und fairen Bedingungen“ beruhen als Beitrag „für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Länder des westlichen Balkans und der Türkei“.
- Verwirklichung eines integrierten Ansatzes zur Konfliktbewältigung: Das beinhaltet die Umsetzung des „umfassenden Ansatzes der EU für Konflikte und Krisen“ durch eine „kohärente Nutzung aller der Union zur Verfügung stehenden Strategien“. Diesbezüglich zielt die EU auf ein Handeln „auf allen Ebenen des Konfliktverlaufs“ ab, „wenn es um die Prävention, die verantwortungsvolle und entschlossene Krisenreaktion, Investitionen in die Stabilisierung und die Vermeidung eines voreiligen Rückzuges beim Ausbruch einer neuen Krise geht“. Folglich will die EU auf unterschiedlichen Ebenen der Governance tätig werden. Konflikte wie in Syrien und Libyen können von der EU nicht allein gelöst werden: „Ein dauerhafter Frieden kann nur durch umfassende Vereinbarungen erzielt werden, die auf breiten, tiefen und dauerhaften regionalen und internationalen Partnerschaften gründen, die von der EU vorangebracht und unterstützt werden.“
- Auf Kooperation beruhende regionale Ordnungen als Antwort auf die Zunahme regionaler Dynamiken in „einer Welt, die gefangen ist zwischen globalem Druck und lokalen Gegenkräften“: „Freiwillige Formen der regionalen Verwaltung bieten Staaten und Menschen die Gelegenheit, Sicherheitsanliegen besser gerecht zu werden, die wirtschaftlichen Vorteile der Globalisierung zu nutzen, die Kulturen und Identitäten umfassender zum Ausdruck zu bringen und Einfluss in der Weltpolitik geltend zu machen.“ In unterschiedlichen Regionen Europas, im Mittelmeerraum, im Nahen Osten, in Afrika, jenseits des Atlantiks im Norden wie im Süden, in Asien sowie in der Arktis wird die EU „auf Zusammenarbeit beruhende regionale Ordnungen weltweit unterstützen“.
- Globale Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert: Die Union „bekennt sich zu einer globalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts, welche die Menschenrechte, eine nachhaltige Entwicklung und dauerhaften Zugang zu den globalen Gemeingütern gewährleistet“. Folglich ergibt sich aus diesem Bekenntnis „das Ziel, das bestehende System zu ändern, anstatt es lediglich aufrechtzuerhalten“. So ist die EU weiterhin bestrebt, „sich für eine starke Stellung der Vereinten Nationen als Fundament der auf Regeln beruhenden multilateralen Ordnung“ einzusetzen und „gemeinsam mit internationalen und regionalen Organisationen, Staaten und nichtstaatlichen Akteuren weltweit koordinierte Maßnahmen“ zu entwickeln.

Im Kapitel „Von der Vision zur Aktion“³⁰ kündigt die EU an, ihre vorrangigen Ziele zu verfolgen, „indem wir unsere einzigartigen Netzwerke, unser wirtschaftliches Gewicht und alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente in kohärenter Weise mobilisieren“.

- Glaubwürdigkeit ist „unabdingbare Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit mit der ganzen Welt“. In diesem Kontext erfordert eine stärkere Union „auch Investitionen in alle Dimensionen der Außenpolitik. Insbesondere sind Investitionen in Sicherheit und Verteidigung dringlich“. Die Kooperation im Bereich Verteidigung sollen zur Norm werden, ebenso der Aufbau einer Verteidigungsindustrie innerhalb der EU, die den Begriff „solide“ verdient.
- Darüber hinaus soll die EU reaktionsfähig werden, das diplomatische Handeln der Union „muss vollständig im Vertrag von Lissabon verankert sein“. Zudem muss die GSVP „anpassungsfähiger werden“ durch verstärkte Sondierung der intensivierten Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, die „zu einer stärker strukturierten Zusammenarbeit unter voller Ausschöpfung der Möglichkeiten des Vertrags von Lissabon führen“ könnte. In weiterer Folge soll die Entwicklungspolitik „auch flexibler und stärker mit unseren strategischen Prioritäten abgestimmt werden“.
- Die EU soll auch koordinierter werden, „in all unseren externen Politikbereichen zwischen den Mitgliedstaaten und den Institutionen der EU sowie zwischen den internen und externen Dimensionen unserer Politik“. Eine bessere Koordination der EU sei demnach „für die Umsetzung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung, der Migrations- und der Sicherheitspolitik, vor allem der Terrorismusbekämpfung, besonders wichtig.“ Zudem setzt sich die EU zum Ziel, in allen Politikbereichen und Institutionen Menschenrechts- und Gleichstellungsfragen zu berücksichtigen.

Es liegt nun an der EU, diese ehrgeizigen Ziele „in die Tat umzusetzen. Besonders nach der Entscheidung der britischen Bevölkerung vom 13. Juni 2016, die EU zu verlassen (‘Brexit’), hat die Union die einmalige Chance, eine echte Sicherheits- und vielleicht auch eine Verteidigungsunion und effizienter bei der Umsetzung eines umfassenden Sicherheitsansatzes zu werden – wenn dies die Mitgliedstaaten der Union auch zulassen. Noch ein Aspekt erscheint in diesem Zusammenhang bemerkenswert: Während die Bildung einer „Rules-Based Global Order“ nach wie vor ein primäres Ziel in der Globalen Strategie der EU definiert, ist dieses Ziel nicht so zentral formuliert wie das Ziel des „effizienten Multilateralismus“ in der ESS aus 2003.³¹ Obwohl sich die neue EU-Strategie „global“ nennt, definiert sich diese jedoch primär als regionales strategisches Konzept, die klare Betonung liegt in der Nachbarschaft der EU und den „umliegenden Regionen“.

3. Frankreich

Das aktuelle Weißbuch über Verteidigung und nationale Sicherheit, das auch die strategischen Grundlagen für das internationale Krisenmanagement Frankreichs festlegt, wurde am 29. April 2013

³⁰ European Union, Global Strategy a.a.O., S. 44-51. Vgl. dazu auch die Zusammenfassung dieser Strategie, a.a.O., S. 5.

³¹ Dijkstra, a.a.O., S. 1.

veröffentlicht. Frankreich versteht sich darin als europäische Macht mit globalem Anspruch.³² Die drei Prioritäten dieser Strategie sind Schutz, Abschreckung und Intervention, alle drei Prioritäten sollen sich gegenseitig ergänzen.³³ Terrorismus, Cyberattacken gegen nationale Informationssysteme, organisierte Kriminalität, nukleare Proliferation, Pandemien sowie technologische Risiken und Naturkatastrophen und auch mögliche Einsätze von schmutzigen Bomben und Chemiewaffen gegen französische Einrichtungen und Franzosen stellen Primärbedrohungen für die Sicherheit des Staates dar.³⁴ Folglich werden eigenständige Kapazitäten zur Verteidigung und Machtprojektion benötigt. Die Verteidigung der Sicherheitsinteressen Frankreichs beruht auf einem holistischen Ansatz – zum Einsatz kommen militärische, nachrichtendienstliche und polizeiliche Maßnahmen, Gendarmerie und Diplomatie.³⁵ Mittels einer „approche globale“³⁶ sollen Risiken und Bedrohungen identifiziert und auch wirksam bekämpft bzw. eingedämmt werden – mit den Mitteln Erkennung, Schutz, Prävention, Abschreckung und Intervention.³⁷ Gemäß dem Weißbuch 2013 ist Frankreich keinen konventionellen militärischen Bedrohungen, die sich direkt gegen das Territorium richten, ausgesetzt.³⁸ Für Frankreich bilden kollektive Sicherheit in Europa sowie regionales Krisenmanagement die beiden Hauptpfeiler der Sicherheitspolitik. Frankreich sieht sein Schicksal mit jenem der Welt untrennbar verbunden und besitzt in der Folge aufgrund seiner Geografie, seiner Geschichte, seiner Sprache, seiner Wirtschaftskraft und politischen Rolle globale politische wie auch sicherheitspolitische Interessen.³⁹ Eine internationale Ordnung soll sich aus der Sicht Frankreichs auf Völkerrecht (v.a. soll der Internationale Strafgerichtshof gestärkt werden) sowie auf robuste Streitkräfte stützen. Die Umsetzung von R2P (Responsibility to Protect, Schutzverantwortung) bildet eine Priorität von Frankreichs außenpolitischem Handeln.⁴⁰ Kollektive Sicherheit und Abrüstung hängen eng zusammen, daher zielt Frankreich auch auf die Eindämmung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowie des Klein- und Leichtwaffenhandels in Entwicklungsländern ab.⁴¹

Als ständiges UN-Sicherheitsratsmitglied nimmt Frankreich eine aktive und privilegierte Rolle (position privilégiée)⁴² beim UN-Krisenmanagement ein. Frankreich betrachtet die UNO als Schlüsselorganisation für die kollektive Sicherheit und den Weltfrieden. Frankreich ist fünftgrößter Beitragszahler der UNO.⁴³ Mit den USA verbindet Frankreich eine über 200-jährige Solidaritätsgemeinschaft, die auch in zwei Weltkriegen ihren Ausdruck fand und sich in der Zugehörigkeit Frankreichs zur NATO manifestiert. Die NATO stellt aus der Sicht Frankreichs eine Werte- und Interessengemeinschaft zwischen den USA, Kanada und Europa dar. So beteiligt(e) sich Frankreich im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan sowie in Libyen und auch an militärischen Seeoperationen am Golf von Aden intensiv am Krisenmanagement der NATO. 2009 ist Frankreich in die integrierte militärische Kommandostruktur der

NATO zurückgekehrt und erhielt 2009 den Kommandoposten in einem der beiden strategischen Kommandos des Bündnisses – im Allied Command Transformation (ACT) in Norfolk/Virginia.⁴⁴

Die vorrangigen Partner Frankreichs sind die EU-Mitgliedstaaten. Die EU bildet aus französischer Sicht eine „Schicksalsgemeinschaft“⁴⁵ und die wichtigste globale Wirtschaftsmacht, zudem stellt die EU weltweit die meisten Mittel für humanitäre und Entwicklungshilfe zur Verfügung. In diesem Zusammenhang benötigt Europa effiziente Krisenreaktions- und -bewältigungsfähigkeiten.⁴⁶ So arbeitet Frankreich – auf der Grundlage des Elysée-Vertrages von 1963 – eng mit Deutschland im Bereich Professionalisierung der Streitkräfte für die Krisenbewältigung zusammen (deutsch-französische Brigade, Eurocorps), ebenso tritt Frankreich mit dem Bündnispartner Großbritannien („notre allié britannique“)⁴⁷ für gemeinsame „vitale Interessen“ ein.⁴⁸ Aus diesem Grund wurden 2010 die Lancaster-House-Verträge zwischen Frankreich und Großbritannien über Kooperationen in strategisch relevanten Bereichen unterzeichnet. Der erste Vertrag versteht sich als „overarching defence co-operation treaty“⁴⁹, der Initiativen in folgenden Bereichen beinhaltet „to maximise our capabilities and to obtain greater value for money“:⁵⁰ Kooperationen bei der gemeinsamen Nutzung von Flugzeugträgern, bei der gemeinsamen Ausbildung von Teilen des Militärs auf bestimmten Geräten (wie auf dem Transportflugzeug Airbus A400M), gemeinsame Wartung von technologisch anspruchsvollem Gerät, die Errichtung eines multinationalen teilstreitkräfteübergreifenden Expeditionsverbandes sowie die verstärkte Zusammenarbeit auf militärisch-industriellem Ebene (Entwicklung von Raketen und Drohnen). Der zweite Vertrag zielt auf eine verstärkte Kooperation im Nuklearbereich und sieht Möglichkeiten für die beiden Atommächte vor, ihre Informationen in der Nuklearforschung und in der Erprobung von Nuklearmaterialien gemeinsam zu nutzen.⁵¹ Frankreich setzt in diesem Zusammenhang auch auf die Aufrechterhaltung der „Glaubwürdigkeit unserer nuklearen Abschreckung“, diese sei die „ultimative Garantie unserer Souveränität“⁵² und beschützt Frankreichs vitale Interessen und garantiert Frankreichs souveräne Handlungsfähigkeit („la liberté de décision et d'action“).⁵³

Aus Sicht Frankreichs sollen sich die einzelnen EU- und NATO-Staaten streitkräfteleitisch noch stärker abstimmen und spezialisieren, um Duplikationen – auch bei der Schaffung von Kapazitäten für das internationale Krisenmanagement – zu vermeiden.⁵⁴ Frankreich tritt für eine glaubwürdige integrierte Verteidigung Europas ein.⁵⁵

Auf allen Ozeanen und auf den meisten Kontinenten ist Frankreich präsent – vor allem auch durch Überseegebiete (outre-mer). Die exklusive Wirtschaftszone Frankreichs beträgt elf Millionen Quadratkilometer und umfasst alle Meeresflächen, insgesamt also

³² Livre Blanc sur la Défense et Sécurité Nationale 2013, Direction de l'information légale et administrative, Paris 2013, S. 13.

³³ Préface du Président de la République, Livre Blanc, a.a.O., S. 7.

³⁴ Livre Blanc, a.a.O., S. 10.

³⁵ Ebenda, S. 8.

³⁶ Ebenda, S. 80.

³⁷ Ebenda, S. 11.

³⁸ Ebenda, S. 13.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Ebenda, S. 24.

⁴¹ Ebenda, S. 25f.

⁴² Ebenda, S. 15.

⁴³ Ebenda, S. 16.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Ebenda, S. 11.

⁴⁶ Ebenda, S. 16.

⁴⁷ Ebenda, S. 21.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Bence Németh, How to bridge the ‘three islands’: The future of European military co-operation, Strategic Snapshots No. 4, herausgegeben von der Group on Grand Strategy, 25.01.2012, S. 2.

⁵⁰ Sven Biscop und Jo Coelmont, Europe, Strategy and Armed Forces. The Making of a Distinctive Power, Cass Military Studies, Routledge Publishing, London und New York 2012, S. 83.

⁵¹ Livre Blanc, a.a.O., S. 20.

⁵² Ebenda.

⁵³ Ebenda, S. 69.

⁵⁴ Ebenda, S. 22.

⁵⁵ Ebenda, S. 61.

die zweitgrößte nach jener der USA.⁵⁶ Sie beinhaltet zahlreiche Bodenschätze und Mineralien, die relevant für die französische Wirtschaft sind. Das diplomatische Netz Frankreichs ist nach dem der USA das zweitgrößte weltweit.⁵⁷ Da die USA ihr Verteidigungsbudget drastisch reduzieren, sieht sich Frankreich gezwungen, sich selbst in den Nachbarregionen – verstärkt vor allem in Afrika – zu engagieren.⁵⁸ Frankreich hat jedoch darüber hinaus seit dem Ende seiner Kolonialzeit in Afrika Soldaten vor allem in Sub-Sahara-Afrika, in Djibouti sowie an der Elfenbeinküste stationiert und verfolgt ebenso starke geopolitische und wirtschaftliche Interessen in diesem Raum. So hat Frankreich seit 2011 Einsätze in der Elfenbeinküste und in Mali durchgeführt und war führend am Einsatz 2011 in Libyen beteiligt.

Im sicherheitspolitisch-strategischen Interesse liegen für Frankreich der Mittelmeerraum – hier insbesondere der Maghreb – sowie die Sahelzone von Mauretanien bis zum Horn von Afrika sowie ein Teil des subsaharischen Raumes.⁵⁹ Die Krise in Mali unterstrich die Relevanz dieser Region und die Bedeutung der Bedrohungen (Terrorstützpunkte), die sich von dort gegen Europa entwickeln könnten. An Bedeutung gewinnt auch der Golf von Guinea. Hier stehen die Sicherung der Land- und Seewege im obersten strategischen Interesse Frankreichs.⁶⁰ Daher zielt die französische Sicherheits- und Entwicklungspolitik in Afrika prioritär auf den Aufbau einer kollektiven Sicherheitsarchitektur.⁶¹

Mitte Januar 2008 unterzeichnete Frankreich mit den Vereinigten Arabischen Emiraten ein Militär- und Nuklearabkommen, das den französischen Streitkräften mit einer maximalen Truppenstärke von 400-500 Infanteristen und Marinesoldaten den Aufbau und Betrieb ihres ersten permanenten Militärstützpunktes in Abu Dhabi ermöglicht. Frankreich strebt zudem zivile Nuklearkooperationen in diesem Raum, so mit Katar und mit Saudi-Arabien, an.⁶² Frankreich unterhält ebenso Verteidigungsabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kuwait und Katar.⁶³ Frankreich unterzeichnete einen Militärvertrag mit Bahrain. Am 4. September 2014 beschlossen Frankreich und Saudi-Arabien im Zuge ihrer „exzellenten Beziehungen“⁶⁴ ein umfassendes politisches, wirtschaftliches und sicherheitspolitisch-militärisches Communiqué im Rahmen ihrer strategischen Partnerschaft. In diesem Kontext forderten beide Länder auch den Iran auf, ohne Vorbehalte in der „5+1“-Gruppe in Hinblick auf ein umfassendes Nuklearabkommen zu kooperieren. Mitte Juli 2015 wurde in Wien der Durchbruch für ein umfassendes Atomabkommen mit dem Iran verkündet. Teheran erklärte sich somit bereit, genaue Kontrollen durch die Internationale Atomenergiebehörde IAEA zu akzeptieren. Eine Bedrohung durch nuklear bestückte Raketen aus dem Iran würde alle Golfstaaten betreffen sowie die Stützpunkte Frankreichs in der Region.⁶⁵ Ebenso für Frankreich relevant bleiben die Stabilität der „asiatischen Zone“ sowie der freie Zugang der Seewege. Kooperationen im Verteidigungsbereich unterhält Frankreich mit

Indonesien, Malaysia, Singapur und Vietnam.⁶⁶ Für Frankreich gilt der Grundsatz der strategischen Autonomie.⁶⁷ Eine militärische Operation muss demnach auf jeden Fall komplementär mit zivilen Aufbaumaßnahmen sowie mit Staatsaufbaumaßnahmen (Aufbau von Institutionen und der Wirtschaft) einhergehen. Frankreich ist bestrebt, sicherheitspolitisch weiterhin koordiniert mit Großbritannien zusammenzuarbeiten bzw. auch die militärische Kooperation auszubauen. In den Schlussfolgerungen des britisch-französischen Gipfels in Amiens vom 3. März 2016 ist diesbezüglich zu lesen:

„Our security environment has dramatically changed. External crisis are knocking on Europe's doors – both East and South of its borders. They have immediate and tragic consequences on the European territory and on the safety of our citizens. In this context, France and the United Kingdom are determined to stand together, mobilizing as appropriate all bilateral, European and international instruments at their disposal.“⁶⁸

4. Schweden

Schweden hatte am 13. März 2008 eine nationale Strategie im Hinblick auf seine Beteiligung an internationalen friedenserhaltenden und sicherheitsaufbauenden Operationen beschlossen.⁶⁹ Diese Strategie ist langfristig auf eine Beteiligung an friedens-, sicherheits-, demokratie- und entwicklungspolitischen Maßnahmen weltweit ausgelegt.⁷⁰ Das primäre Ziel dieser Strategie lautet faire und nachhaltige globale Entwicklung: „Swedish participation in peace-support operations is also concerned, in the longer term, with promoting national security and Swedish interests.“⁷¹ Diese liegen vor allem im Ausbau und der Verteidigung universeller Normen und Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolution 1325, Menschenwürde und Entwicklung: „In addition, Swedish participation in international operations contributes to safeguarding and promoting general interests such as a world order, founded in international law, to attain peace, freedom and reconciliation.“⁷² Schwedens Aktivität bei militärischen und zivilen Friedenseinsätzen zielt auf die Stärkung der globalen Entwicklung, sie ist bestrebt, den sicherheitspolitischen Ansatz der Schaffung von Sicherheit mit dem Aufbau von demokratie- und friedenspolitischer Entwicklung in Krisenregionen zu verknüpfen.⁷³

Die Sicherheit Schwedens, so die Strategie, wurde eindeutig durch den EU-Integrationsprozess gestärkt, jedoch ändern sich die Bedrohungen für Schweden ständig, neue Risiken und Herausforderungen kommen dazu. Diese liegen geografisch sowohl weit von Schweden entfernt als auch im Nahbereich: Regionale bewaffnete Konflikte, Terrorismus, internationale organisierte Kriminalität, die Präsenz von Massenvernichtungswaffen sowie die „massive Proliferation“ von Klein- und Leichtwaffen:

56 Ebenda, S. 14.

57 Ebenda.

58 Ebenda, S. 29.

59 Ebenda, S. 56.

60 Ebenda, S. 55.

61 Ebenda.

62 BBC, France, UAE sign military and nuclear agreements, BBC online,

Jan 15, 2008 9:40 am EST, abgerufen am 5. August 2016.

63 Ebenda, S. 56.

64 French Embassy (UK), Saudi Arabia – French Saudi joint communiqué,

Paris, 4 September 2014, S. 1.

65 Livre Blanc, a.a.O, S. 55.

66 Ebenda, S. 58.

67 Ebenda, S. 88.

68 UK France Summit Conclusions, Amiens, 3 March 2016, Kapitel 1, S. 1.

69 Government Communication 2007:08:51, National strategy for Swedish participation in international peace-support and security-building operations, Stockholm, 13 March 2008.

70 Ebenda, S. 3.

71 Ebenda.

72 Ebenda.

73 Ebenda.

„Events that pose threats and serious risks may be difficult to predict and arise suddenly.“⁷⁴ Enge Kooperationen innerhalb und mit der EU, UNO, NATO und OSZE⁷⁵ sind bei der Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen ein Muss für Schweden – auf der Grundlage des Völkerrechts: „Sweden will press for the duty to protect populations against gross violations of international humanitarian law and human rights to be weighed into all phases of peace-support operations.“⁷⁶

Schwedens Mitgliedschaften in der EU und der UNO sind „Schlüsselaktoren“ der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Landes. Eine enge Zusammenarbeit mit der NATO bildet ein weiteres „Schlüsselement“.⁷⁷ Als bündnisfreies Land setzt Schweden auf eine umfassende sicherheits- und militärische Kooperation mit seinen nordischen Nachbarn, dem ebenfalls bündnisfreien Finnland sowie den NATO-Staaten Dänemark und Norwegen.⁷⁸ Schwedens Außenministerin Margot Wallström betonte im September 2015, dass derzeit die Beziehungen zwischen ihrem Land und Russland „kühler als jemals zuvor“ seien.⁷⁹ Seit der Ukraine-Krise 2014 ist Schweden bestrebt, die Bereitschaft und Verlegbarkeit seiner Truppen zu erhöhen,⁸⁰ ebenso baut Schweden seine verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit den USA aus und plant seit 2015 eine schrittweise Erhöhung des Verteidigungsbudgets von 5,5 Milliarden US-Dollar auf fast 6,7 Milliarden US-Dollar bis 2020, also eine jährliche Erhöhung von durchschnittlich 236 Millionen US-Dollar.⁸¹

Schweden und Finnland arbeiten in Bezug auf Interoperabilität von Streitkräften sowie bei der militärischen Modernisierung ihrer Streitkräfte sehr eng mit der NATO und den USA zusammen.⁸² Vor einem NATO-Beitritt Schwedens hatte Russland – so zum Beispiel im September 2015 – gewarnt. Russlands Außenamtsprecherin Maria Sacharowa hatte geäußert: „Es ist klar, dass ein schwedischer NATO-Beitritt militärische und außenpolitische Auswirkungen hätte, die wechselseitige Schritte von der russischen Seite erfordern würden.“⁸³ Schwedens Außenministerin Margot Wallström entgegnete: „Wir sind ein eigenständiger Staat, der über seine Sicherheitspolitik selbst entscheidet.“⁸⁴ Seit Anfang Februar 2016 hat die Insel Gotland erstmals nach dem Kalten Krieg – also nach über zwanzig Jahren „strategischer Irrelevanz“⁸⁵ – wieder eine militärische Funktion erhalten. Bis spätestens Ende 2017 sollen insgesamt 300 schwedische Soldaten, die sogenannte „Gotland battlegroup“, auf der Insel stationiert werden.⁸⁶ Diese Maßnahme wird von Schweden als Teil militärischer Verstärkung gegenüber Russland gesehen. Schweden sieht sich zunehmend durch rus-

sische Luftraumverletzungen provoziert.⁸⁷ 2013 soll Russland sogar laut NATO-Jahresbericht für das Jahr 2015 gegen das bündnisfreie Schweden im Rahmen einer umfangreichen Militärübung namens „Sapad“ („Westen“) einen Nuklearangriff simuliert haben, Russland dementierte.⁸⁸ Folglich beschloss Schweden Anfang 2016 eine neue Military Strategy Doctrine (MSD), nach der Schweden nicht nur allein, sondern auch in Kooperation mit multinationalen nordischen, EU- oder auch NATO-Streitkräften verteidigt werden kann.⁸⁹ Schweden verstärkt auch seine militärische Übungstätigkeit im Nachbarschaftsraum, so zum Beispiel im Rahmen der Arctic Challenge Exercise 2015 (ACE15). Diese fand mit 3.600 Soldaten und 115 Kampfflugzeugen in Finnland, Schweden und Norwegen statt.⁹⁰ Ziel war die Erprobung der Interoperabilität der Streitkräfte aus neun Teilnehmerländern – darunter ein neutrales (Schweiz) und zwei bündnisfreie (Finnland, Schweden) – mit NATO-Staaten bei UN-Missionen, wie dies zum Beispiel bei der Durchsetzung von Flugverbotszonen in Libyen im Jahr 2011 der Fall gewesen war. Dieses Manöver wurde bereits vor der Ukraine-Krise geplant, es fand jedoch „vor dem Hintergrund starker Spannungen in der Region statt“.⁹¹ Mit dem Ausbruch der Krise in der Ukraine im Frühjahr 2014 haben auch die Rivalitäten um Bodenschätze in der Arktis mit Russland zugenommen: „Wir gewährleisten unsere Sicherheit zusammen mit anderen – und das bedeutet, dass wir zusammen trainieren müssen“, so Carl-Johan Edström von der schwedischen Luftwaffe.⁹² In diesem Zusammenhang findet die Arctic Challenge Exercise jedes zweite Jahr statt. Die NATO-Staaten Norwegen, Dänemark und Island hatten mit Finnland und Schweden eine äußerst weitreichende militärische Zusammenarbeit beschlossen. Diese Kooperationen beinhalten auch gemeinsame Übungen zur Erhöhung der Interoperabilität von Streitkräften als „direkte Antwort auf das aggressive Verhalten Russlands“.⁹³

Die nordischen Länder in Europa weisen bereits eine lange Geschichte der umfassenden – auch militärischen – Zusammenarbeit auf. NORDEFCO (Nordic Defence Co-operation) geht auf die Bildung des Nordischen Rates im Jahr 1952 zurück.⁹⁴ 1994 hatten die NATO-Mitglieder Dänemark und Norwegen sowie die damals neutralen Staaten Finnland und Schweden die Nordische Rüstungscooperation (NORDAC) gegründet.⁹⁵ Während der nächsten Jahre wurden die NORDAC-Initiative und die beiden anderen Säulen Nordic Coordinated Arrangement for Military Peace Support (NORDCAPS) und Nordic Supporting Defense Structures (NORDSUP) in eine umfassendere Kooperation zusammengeführt. So haben nach dem Beginn der Finanzkrise 2008 Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden ihre militärische Zusammenarbeit intensiviert. Am 3. November 2009 waren Däne-

74 Ebenda, S. 4.

75 Ebenda, S. 6.

76 Ebenda, S. 5

77 Ebenda, S. 4.

78 Gerard O'Dwyer, Finland Builds Multiple Defense Partnerships With NATO, Sweden, in: Defense News, 19.05.2014, S. 11.

79 Swedish minister slams Russian Nato 'threats', The Local, 17 Sep 2015 Updated 09:26 GMT, <http://www.thelocal.se/20150917/sweden-russia-relations-chillier-than-ever> (Zugriff: 01.04.2016)

80 Gerard O'Dwyer, Sweden, Finland Sharpen Amphibious Readiness in Baltic, in: Defense News, 7.09.2015, S. 12 und 15, hier S. 15.

81 Gerard O'Dwyer, Sweden To Pursue Deeper Defense Cooperation With US, in: Defense News, 7.09.2015, S. 22 und 23, hier S. 23.

82 Ebenda.

83 Schweden lässt sich von Russland nicht drohen, in: Salzburger Nachrichten, 12.09.2015, S. 6.

84 Ebenda.

85 Paul Adams, Russian menace pushes Sweden towards Nato, BBC News, 4 February 2016, <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-35456535> (Zugriff: 01.04.2016)

86 Ebenda.

87 André Anwar, Kriegsspiele im hohen Norden, in: Die Presse, 27.05.2015, S. 6.

88 Nato: Russland hat einen Nuklearschlag gegen Schweden simuliert, in: FOCUS Online, 04.02.2016 19:53, www.focus.de, abgerufen am 29. Juli 2016.

89 Gerard O'Dwyer, Sweden Adopts Tougher Military Strategy Doctrine, Defense News 11:31 a.m. EDT March 17, 2016, <http://www.defensenews.com/story/defense/international/europe/2016/03/17/> (Zugriff: 01.04.2016)

90 Nato: Russland hat einen Nuklearschlag gegen Schweden simuliert, in: FOCUS Online, 04.02.2016 19:53, www.focus.de, abgerufen am 29. Juli 2016.

91 Ebenda.

92 Ebenda.

93 Ebenda.

94 Peter Kiss, Eastern European Defense Review: Defense cooperation within the Visegrad Group. Unexplored opportunities?, CSIS (Center for Strategic & International Studies), Washington D.C., 25.02.2011, S. 3.

95 Ebenda.

mark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden während ihres Verteidigungsministertreffens in Helsinki übereingekommen, eine gemeinsame umfassende militärische Kooperationsstruktur zu schaffen.⁹⁶ Diese Nordische Verteidigungskooperation – NORDEFCO – umfasst beinahe das gesamte Spektrum der Militärsektoren der beteiligten Länder mit dem Ziel, Kosteneffizienz und verbesserte operationelle Fähigkeiten zu erreichen. Zudem umfasst die Nordic Battle Group 1.600 Soldaten aus Finnland, Norwegen und Schweden sowie aus den baltischen Ländern. „With Ukraine constantly in the background, and Russia's aggression there, we have seen heightened activity by Russian submarines, naval forces and aircraft in this region. There is also the growing geopolitical interest in the Arctic region. There is now, more than ever before, a need for real defense cooperation between the Nordic countries“, betonte Bertel Haarder, erster Vizepräsident des Präsidiums des Nordischen Rates für politische, soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit in 2015.⁹⁷

Schwedens Streitkräfte haben die „duale Aufgabe“ des Schutzes der territorialen Integrität und der Beteiligung an Friedens- und Sicherheitsoperationen.⁹⁸ Die Streitkräfte sollen in die Lage versetzt werden, sich an zwei unterschiedlichen Operationen jeweils mit Einheiten in Bataillonsgröße zu beteiligen bzw. im Rahmen derartiger Einsätze Führungsaufgaben zu übernehmen, weitere kleinere Einheiten sollen für drei zusätzlichen Operationen bereitgestellt werden.⁹⁹ Insgesamt ist Schweden gewillt, eine größere Verantwortung bei friedensunterstützenden und sicherheitsaufbauenden Operationen – auf polizeilicher, rechtsstaatlicher und militärischer Ebene – zu übernehmen.¹⁰⁰

Sicherheit, Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte sind voneinander abhängig und stärken sich gegenseitig. Diese sind auch Mittel zur Verhinderung von Terrorismus.¹⁰¹ Schweden hat 2012 eine nationale Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet:¹⁰² „Attacks carried out and thwarted plans for attacks have shown that there is a real risk of terrorist attacks in Sweden or on Swedish interests.“¹⁰³ Vor allem Akteure, die von al-Qaida inspiriert sind, Terroranschläge auszuführen, die viele Unschuldige töten und verletzen, sind eine Bedrohung. Insbesondere Einzeltäter (sog. lone wolves) stellen ein erhöhtes Risiko dar.¹⁰⁴

Schweden setzt auch innerhalb der EU verstärkt auf Programme zur Prävention von Radikalisierung und Gewalt in der Gesellschaft – wie auf das Community Policing Preventing Radicalisation & Terrorism (Coppra) der EU.¹⁰⁵ Schwedens Rat der Zusammenarbeit für Antiterrormaßnahmen (Counter-Terrorism Cooperative Council) hat seine Arbeit 2005 aufgenommen und bringt all jene 14 Agenturen zusammen, die in der Terrorismusbekämpfung einen wichtigen Platz einnehmen – unter der Führung des Schwedischen Sicherheitsdienstes: vom Schwedischen Büro gegen Wirtschaftskriminalität über die Streitkräfte, die Küstenwache,

96 Gerard O'Dwyer, Nordic Council Urges Focus on Common Defense, in: Defense News, December 7, 2009, S. 8.

97 Gerard O'Dwyer, Sweden Proposes Aggressive Nordic Defense, in: Defense News, 9.02.2015, S. 6.

98 Government Communication 2007:08:51, a.a.O., S. 18.

99 Ebenda, S. 18.

100 Ebenda, S. 5 und S. 8.

101 Ebenda, S. 15.

102 Government Communication 2011/12:73, Responsibility and commitment – a national counter-terrorism strategy, Stockholm, 9 February 2012.

103 Ebenda, S. 3.

104 Ebenda, S. 5.

105 Ebenda, S. 12.

die Einwanderungsbehörde, die Kriminalpolizei, die Agentur für Verteidigungsforschung, die Transportagentur und den Zoll.¹⁰⁶

5. Schlussfolgerungen

Die Bedrohungswahrnehmungen in der EU sowie in den beiden Mitgliedstaaten Frankreich und Schweden sind ähnlich bzw. gleich, ihre Prioritäten differieren jedoch. Das liegt daran, dass die jeweiligen strategischen Konzeptionen zu unterschiedlichen Zeitpunkten erstellt wurden, außerdem unterscheiden sich die Wahrnehmungen der regierenden politischen Eliten in den betroffenen Ländern einerseits sowie in der EU als Ganzes andererseits. Frankreich versteht sich hier aufgrund der verpflichtenden Schutzrolle gegenüber seinen Übersee-Departements und Besitzungen als globale Macht mit globalen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen, die es auch innerhalb der NATO und bilateral mit Großbritannien sowie den USA sowie gemeinsam mit den Golfstaaten und afrikanischen Verbündeten umzusetzen gilt. Schweden fokussiert sich dagegen auf die unmittelbare Bedrohung aus der östlichen Nachbarschaft und teilt Bedrohungsperzeptionen vor allem mit den skandinavischen Nachbarstaaten, Finnland, den baltischen Staaten und Polen. Die EU beschloss am 28. Juni 2016 als Kompromisspapier die zur Zeit aktuelle strategische Konzeption im westlichen Europa mit den aktuellen Bedrohungswahrnehmungen. 15 Tage zuvor hatte sich die britische Bevölkerung für einen Ausstieg ihres Landes aus der EU entschieden. Dieser „Brexit“ ereignet sich in einer Zeit der allgemeinen Verschlechterung der geopolitischen Lage der EU und deren Folgen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)¹⁰⁷ sowie die als deren Teil agierende Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Die EU benötigt zur Bewältigung der Bedrohungen im Inneren und außerhalb der Union eine zeitgemäße sowie umfassende sicherheitspolitisch-strategische Konzeption, die von allen Mitgliedstaaten entsprechend getragen, umgesetzt und aktualisiert werden muss. Die EU muss auf Massenmigration und große Flüchtlingsströme dahingehend reagieren, Ursachen für derartige Massenauswanderungen gemeinsam mit jenen Ländern zu bekämpfen, aus denen sich mittlerweile Millionen von Menschen Richtung Europa bewegen. Für die EU erscheint es in der Folge notwendig, ihren bereits grundlegend entwickelten umfassenden sicherheitspolitischen Ansatz in Zusammenarbeit mit den betroffenen Regionen und Staaten stärker zu vernetzen und zu projizieren und den gesellschafts- wie wirtschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen entschlossener und wirksamer entgegenzutreten.



Dr. Gunther Hauser, Leiter des Referats für Internationale Sicherheit an der Landesverteidigungssakademie in Wien, Ehrenprofessor an der Donau-Universität Krems, Lehr- und Publikationstätigen an zivilen und militärischen Universitäten in 15 Ländern. Forschungsschwerpunkte: EU, transatlantische Beziehungen, Ostasien.

106 Ebenda, S. 18.

107 Vgl. dazu auch: Peter M. Schmidhuber, Zur Lage der EU. Eine vorläufige Bestandsaufnahme, in: Wiener Blätter zur Friedensforschung, Vierteljahrzeitschrift des Universitätszentrums für Friedensforschung (UZF), Nr. 167, Ausgabe Juni/1/2016, S. 4-15.